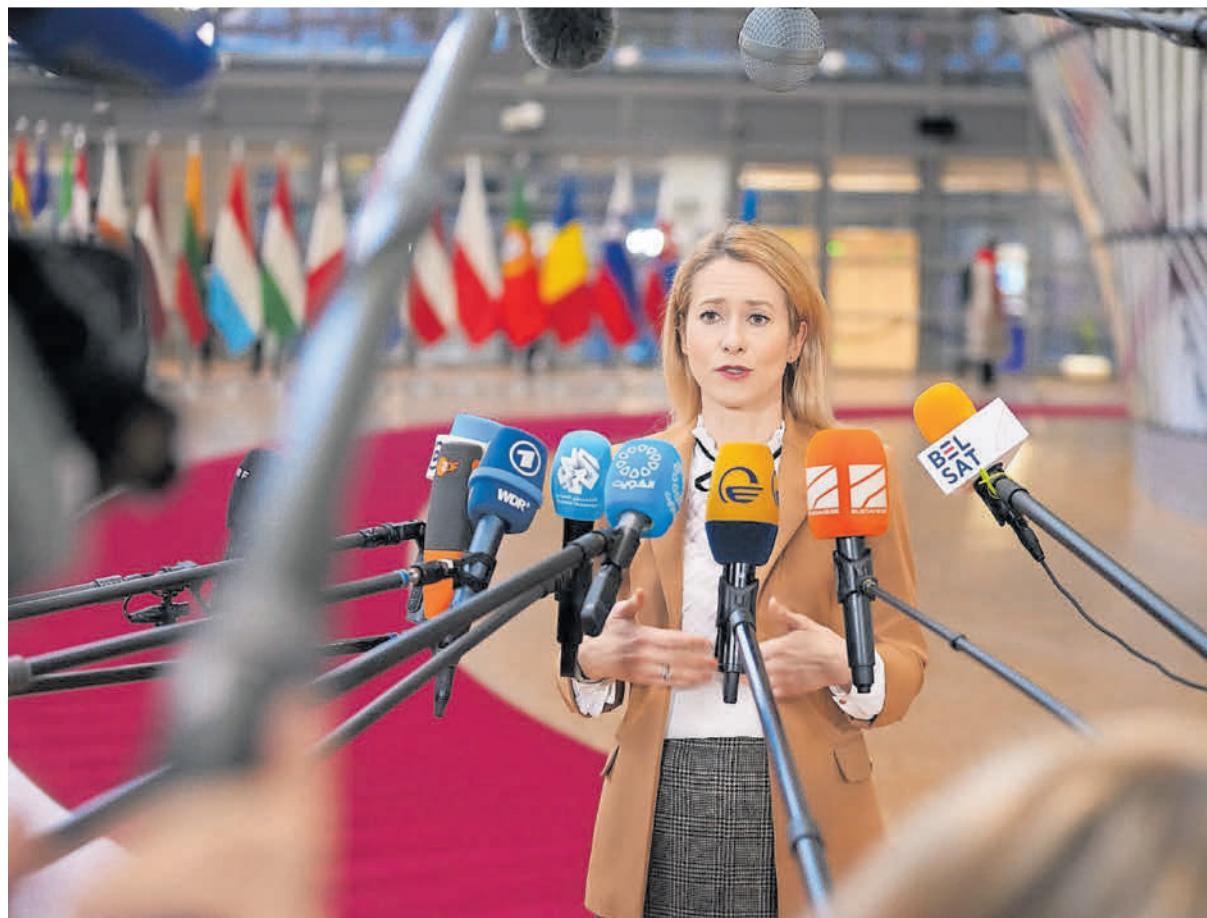


EU steht nach US-Vorgehen vor Dilemma

Der gewaltsame Umsturz von Venezuelas Machthaber Maduro durch die USA sorgt für Nervosität in Brüssel. Hinter den Kulissen werden Auswirkungen des US-Vorgehens auf weitere Konfliktherde wie etwa den Ukraine-Krieg oder auch Grönland befürchtet. Im politischen Berlin kritisieren die Grünen Kanzler Merz' Reaktion im Hinblick auf den Umsturz.

VON KATRIN PRIBYL
UND BIRGIT MARSCHALL

BRÜSSEL/BERLIN Ein Hinweis fehlte in keiner der Aussagen, mit denen die EU-Spitzen auf die Militärintervention der US-Amerikaner in Venezuela und die Gefangenahme von dessen Präsidenten Nicolás Maduro reagierten. Ob EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, António Costa, der Präsident des Europäischen Rats, also des Gremiums der 27 Mitgliedstaaten, oder auch Europas Chefdiplomatin Kaja Kallas – sie alle forderten am Wochenende in Statements, das Völkerrecht einzuhalten und die Charta der Vereinten Nationen zu respektieren. Ähnlich klangen die Kommentare der EU-Staats- und Regierungschefs aus den Hauptstädten. Doch mit Bewertungen des gewaltsamen Umsturzes des venezolanischen Machthabers durch die USA oder gar Kritik an US-Präsident Donald Trump hielten sich die meisten auffallend zurück. Beobachter warfen den EU-Spitzen deshalb „Heuchelei“ oder etwa eine „Beschwichtigungspoli-



EU-Chefdiplomatin Kaja Kallas hat wie weitere EU-Spitzenpolitiker am Wochenende vor dem Hintergrund des US-Vorgehens in Venezuela gefordert, das Völkerrecht einzuhalten und die Charta der Vereinten Nationen zu achten. ARCHIVFOTO: MAYO/AP/DPA

tik“ gegenüber Washington vor, weil diese nicht klarer „die Verletzungen des Völkerrechts“ verurteilt, wie es von mehreren Stimmen hinter den Kulissen hieß.

Was etwa würden die Europäer, die gerne auf eine „regelbasierte Ordnung“ pochen, jetzt noch sagen können, sollte China eine sogenannte Sonderoperation starten, um den Präsidenten von Taiwan zu stürzen? Auch Kremlchef Wladimir Putin könnte sich angesichts der zurückhaltenden Reaktionen

in seinem Wunsch bestätigt fühlen, den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskyj ab- und einen Regime-Wechsel durchzusetzen. Doch die Europäer sind in einem Dilemma. Und straucheln deshalb damit, den passenden Ton zu finden. Duldet die EU die Maßnahmen der US-Amerikaner gegen das Maduro-Regime, riskiert die Staatengemeinschaft, die rechtlichen Grundlagen für die Ablehnung von Russlands „Aggression“ gegenüber der Ukraine zu schwächen. Verurteilen die Europäer den

Schritt dagegen, besteht die Gefahr, mit den USA den wichtigsten Sicherheitsgaranten zu verprellen und die transatlantische Beziehung noch weiter zu belasten.

Die EU erkannte Maduro nicht als legitimen Präsidenten an und hatte erst kürzlich die Sanktionen gegen dessen Regime und zahlreiche Regierungsbeamte in Venezuela verschärft. Trotzdem sorgte die Vorgehensweise der Amerikaner für Beunruhigung und Nervosität in Brüssel. Was etwa bedeutet das nun für Grönland? Die

Befürchtungen, dass eine Übernahme des dänischen Territoriums durch die USA ein ernsthaftes Szenario darstellen könnte, nehmen zu. Nur wenige Stunden nach der US-Militärintervention in Venezuela veröffentlichte die rechtskonservative Podcasterin Katie Miller, die Frau des mächtigen stellvertretenden Stabschefs im Weißen Haus Stephen Miller, auf X eine Karte von Grönland, eingefärbt in den Farben der US-Flagge. Miller versah das Bild mit der Großbuchstaben-Überschrift „Soon“ und deutete damit an, dass Grönland „bald“ unter die Kontrolle der USA fallen werde. Ihr provokanter Beitrag trägt zur wachsenden Spannung zwischen den beiden Nato-Partnern wie auch zwischen Washington und Brüssel bei. Setzt der Westen nicht mehr auf die Stärke des Rechts, sondern herrscht fortan ganz offen ein brachiales Recht des Stärkeren? Der dänische Botschafter in den USA, Jesper Møller Sørensen, meldete sich in Sozialen Medien mit „einer freundlichen Erinnerung an die Beziehungen zwischen den USA und dem Königreich Dänemark“ zu Wort. „Wir sind enge Verbündete und sollten auch weiterhin eng zusammenarbeiten.“

Die Sicherheit der USA sei auch die Sicherheit Grönlands und Dänemarks, so Sørensen. „Und ja, wir erwarten uneingeschränkte Achtung der territorialen Integrität des Königreichs Dänemark.“ Trump hatte wiederholt Besitzansprüche auf die weltweit größte und rohstoffreichste Insel angemeldet, die seit 1979 zwar weitgehend autonom ist, aber zum Königreich Dänemark gehört. Copenhagen etwa entscheidet weiterhin in Bereichen wie der Außen- und Verteidigungspolitik.

Derweil blieb bis zuletzt die Frage offen, ob die Europäer überhaupt Einfluss in Lateinamerika nehmen könnten und sollten. Europa dürfe bei einem „friedlichen, demokratischen Übergang“ in Venezuela nicht „Zaungast“ sein, sondern müsse „gestaltende Kraft werden“, forderte der Chef der Europa-SPD, René Reppen.

Nach der Gefangennahme des venezolanischen Staatschefs Nicolás Maduro durch die USA hat Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) derweil erklärt, der Linksnationalist habe „sein Land ins Verderben geführt“. Die „rechte Einordnung“ des US-Einsatzes sei indes „komplex“, erklärte der Bundeskanzler am Samstag. Das Auswärtige Amt erließ eine Reisewarnung für ganz Venezuela.

Mit „unseligen Allianzen“ weltweit und durch die Verstrickung Venezuelas in das Drogengeschäft habe Maduro „eine problematische Rolle“ gespielt, hieß es auch in der Stellungnahme des Bundeskanzlers. Für die rechtliche Einordnung des US-Einsatzes wolle die Bundesregierung sich aber Zeit nehmen.

Grünen-Chefin Franziska Brantner bezeichnete den US-Überfall auf Venezuela als „klassischen Imperialismus vergangener Jahrhunderte“. Dass Maduro selbst „ein brutaler Autokrat“ sei, ändere daran nichts. „Europa und die Bundesregierung dürfen darauf nicht länger mit Wegsehen oder Beschwichtigung reagieren“, sagte sie. „Wenn Friedrich Merz auf Appeasement mit Trump setzt, kommt das der Realitätsverweigerung deutlich näher als dem Anspruch einer verantwortungsvollen Außenpolitik.“

„Panik und Sorge“ laut Experte in Iran nach US-Schlag gegen Maduro

Vor wenigen Tagen hatte US-Präsident Trump Iran zuletzt gedroht. Ein Vorgehen zur Entmachtung der iranischen Führung wäre für die USA jedoch schwierig.

VON THOMAS SEIBERT

TEHERAN Ein öliches Land mit anti-amerikanischer Regierung und schwacher Armee – nach dem US-Schlag gegen Venezuela wächst bei der Führung des Iran die Angst, dass das Land als nächstes auf der Abschussliste von US-Präsident Donald Trump stehen könnte. In Teheran herrschen nach Einschätzung von Experten „Panik und Sorge“. Trump hatte der Islamischen Republik erst vor wenigen Tagen mit einem Militärschlag gedroht. Zudem hat Teheran mit Venezuelas Ex-Machthaber Nicolás Maduro einen wichtigen internationalen Partner verloren. Ein Schlag zur Entmachtung der iranischen Führung wäre für die USA jedoch schwieriger als die Intervention in Venezuela.

Trumps Angriff auf Venezuela sei „Staatsterrorismus“, erklärte die Teheraner Regierung. Amerika treibe

die „Erosion und Zerstörung“ der UN-Charta voran. Der gemeinsame Widerstand gegen die USA schweißte den Iran und Venezuela bisher zusammen.

Maduro unterzeichnete 2022 bei einem Besuch in Teheran einen auf 20 Jahre angelegten Verteidigungsvertrag. Sein Regime baute nach US-Vorwürfen iranische Drohnen und erlaubte der pro-iranischen Hisbollah-Miliz, von Caracas aus ein Netzwerk in Südamerika aufzubauen.

Auch wirtschaftlich hätten sich die beiden Länder gegenseitig geholfen, sagt der Iran-Experte Arman Mahmoudian von der Universität Süd-Florida. Venezuela kaufte den Iranern einige Öl-Produkte ab und verschaffte dem mit internationalen Sanktionen belegten Regime in Teheran den Zugang zu Gold, wie Mahmoudian unserer Zeitung sagte. Bei der Zusammenarbeit sei es weniger um das Handelsvolumen gegangen

als um gemeinsame politische und strategische Interessen.

Nun befürchtet das iranische Regime, der US-Handstreich in Venezuela könnte als Vorbild für einen ähnlichen amerikanischen Angriff auf den Iran dienen. Maduros Schicksal sei ein schwerer Schlag für den Iran, sagte der Iran-Experte Arash Azizi von der Universität Boston unserer Zeitung. „Indem er gezeigt hat, wie dreist und schiesswütig er ist, hat Trump die Gegner des Irans ermutigt und Panik und Sorge in der Teheraner Führung verstärkt.“

Die USA hatten sich im Juni an den israelischen Bombardements iranischer Atomanlagen beteiligt. Seitdem hat Trump mehrmals mit neuen Angriffen gedroht, zuletzt vor wenigen Tagen: Sollte die iranische Regierung bei den derzeitigen Protesten unschuldige Demonstranten töten, sei Amerika zur Hilfe für die Regierungsgegner bereit, hatte der US-

Präsident gewarnt. Irans Regimechef Ali Khamenei wies Trumps Drohung zurück und erklärte, sein Regime werde „den Feind in die Knie zwingen“. Bei den Protesten, die sich an der iranischen Wirtschaftsmisere entzündeten und sich seit einer Woche ausbreiten, wurden nach einer Meldung des iranischen Oppositionssenders

Iran International bisher mindestens 15 Demonstranten und ein Mitglied einer städtischen Miliz getötet. In der Nacht auf Sonntag schrieb Trump bei seinem Kurznachrichtendienst Truth Social, anders als sein Vorgänger Barack Obama unterstützte er die Proteste im Iran. Die Islamische Republik besitzt die drittgrößten Öl- und die zweitgrößten Gásreserven der Welt.

Iran fehlt starke internationale Partner, die dem Land bei einem US-Angriff beistehen könnten. China und Russland sind zwar Verbündete, wollen die USA aber nicht verärgern. So lehnt Moskau die von Iran geforderte Lieferung moderner Kampfflugzeuge ab. Militärisch ist Iran die USA klar unterlegen. Luftwaffe und die Flugabwehr sind veraltet, wie sich im Juni-Krieg des vorigen Jahres zeigte. Damals konnten Israel und die USA ihre Ziele im Iran ohne Gefahr für ihre Piloten bombardieren.

Trump habe in Venezuela seine Bereitschaft demonstriert, bisherige Tabus der amerikanischen Außenpolitik zu ignorieren, meint Iran-Experte Mahmoudian. Dennoch lasse sich der Militärschlag von Caracas nicht einfach in Teheran wiederholen, sagt er.

Iran ist fast doppelt so groß wie Venezuela und hat dreimal so viele Einwohner. Irans „Revolutionsgarde“ mit ihrem Raketenarsenal ist zwar keine Bedrohung für die USA, wohl aber für Israel und andere US-Partner in der Region. Sollte Trump versuchen, das iranische Regime mit einem Militärschlag zu entmachten, wären die Risiken für die USA nach Einschätzung von Mahmoudian wesentlich höher als in Venezuela: „eine Kaskade der Destabilisierung mit dem Potenzial eines großen Krieges“. Dennoch könnte man bei Trump nie wissen, „was er als nächstes tun wird“.

Von Panama bis Kuba – die US-Interventionen in Lateinamerika

WASHINGTON (afp) Bereits vor dem groß angelegten Angriff auf Venezuela haben die USA wiederholt in Lateinamerika interveniert. Im Zuge der sogenannten Hinterhof-Politik unterstützte Washington im „Kalten Krieg“ nicht selten undemokratische Kräfte. Eine Zusammenschau:

1989: US-Präsident George Bush ordnet 1989 die Invasion in Panama an. Das Ziel: die Absetzung von Machthaber Manuel Noriega, der wegen mutmaßlicher Verwicklung in den Drogenhandel in Ungnade gefallen ist. Rund 27 000 GIs beteiligen sich an dem Militäreinsatz „Just Cause“ (Gerechter Grund) und übernehmen im Dezember 1989 die Kontrolle in Panama, Hunderte Menschen wer-

den getötet. Noriega, der sich in die Botschaft des Vatikans geflüchtet hat, stellt sich am 3. Januar 1990. Ein Gericht in Florida verurteilt ihn zu 40 Jahren Haft wegen Drogenhandels und Geldwäsche, die Strafe wird später um die Hälfte reduziert. Bis zu seinem Tod 2017 war Noriega in den USA, Frankreich und Panama inhaftiert.

1983: Am 25. Oktober 1983 landen US-Soldaten auf der Karibikinsel Grenada. Präsident Ronald Reagan begründet die Operation „Urgent Fury“ (etwa: Dringende Wut) mit regionalen Sicherheitsinteressen und dem Schutz von rund eintausend US-Bürgern auf der Insel. Grenada hatte sich nach dem Sturz von Regierungschef Eric Gairy durch den Guerillakrieg der nicaraguanischen „Contras“, einer anti-kommunistischen Gruppe, mit

angrenzert. Reagan erklärt den Einsatz, bei dem mehr als einhundert Menschen getötet wurden, am 3. November 1983 für beendet. Auf Druck aus Washington setzt Grenada eine Übergangsregierung ein und hält 1984 Neuwahlen ab.

1980er-Jahre: In den 1980er-Jahren fügt die sogenannte Iran-Contra-Affäre dem Ansehen der USA schwere Schaden zu. Washington sieht die Annäherung Nicaraguas an Kuba und die Sowjetunion mit Argwohn, nachdem sandinistische Rebellen 1979 den US-freundlichen Machthaber Anastasio Somoza in Managua gestürzt hatten. US-Präsident Reagan finanziert deshalb in einer verdeckten Operation des Auslandsgeheimdienstes CIA den Guerillakrieg der nicaraguanischen „Contras“, einer anti-kommunistischen Gruppe, mit

rund 20 Millionen US-Dollar. Die Mittel werden teils durch illegale Waffenverkäufe an den Iran finanziert. Im nicaraguanischen Bürgerkrieg werden bis April 1990 Schätzungen zufolge 50 000 Menschen getötet.

Darüber hinaus entsendet Reagan Militärberater nach El Salvador, um den Aufstand der linksgerichteten Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) zu ersticken. Im Bürgerkrieg in dem zentralamerikanischen Land kommen von 1980 bis 1992 mehr als 70 000 Menschen ums Leben.

1970er-Jahre: In den 1970er-Jahren unterstützen die USA mehrere Militärdiktaturen in Südamerika, die sie als Bollwerk gegen linksgerichtete Kräfte erachten. In Chile helfen die USA Diktator Augusto Pinochet aktiv beim Staats-

streich vom 11. September 1973 gegen den linksgerichteten Präsidenten Salvador Allende.

In Argentinien gibt US-Außenminister Henry Kissinger der Junta 1976 grünes Licht für ihren Krieg gegen Oppositionelle, mindestens 10 000 Menschen verschwinden.

Mit Billigung der USA verbünden sich in den 1970er- und 1980er-Jahren zudem sechs südamerikanische Diktaturen (Argentinien, Chile, Uruguay, Paraguay, Bolivien und Brasilien), um im Rahmen des „Plan Condor“ linksgerichtete Dissidenten zu beseitigen.

1961: Zum Debakel wird die US-Invasion in der Schweinebucht auf Kuba, rund 250 Kilometer von der Hauptstadt Havanna entfernt. Dort ver suchen im April 1961 rund 1400 von der CIA ausgebildete und finanzierte Exilkubaner zu landen, um den kommunistischen Machthaber Fidel Castro zu stürzen. Der von US-Präsident John F. Kennedy angeordnete Einsatz misslingt. Castro zwinge die Angreifer mit Tausenden Soldaten in die Knie, auf beiden Seiten werden jeweils etwa einhundert Menschen getötet.

1954: US-Präsident Dwight D. Eisenhower nimmt eine Landreform in Guatemala zum Anlass für eine Intervention. Eisenhower sieht durch die Verstaatlichung von Agrarflächen in dem zentralamerikanischen Land die Interessen der mächtigen United Fruit Corporation (später Chiquita Brands) der USA bedroht. US-finanzierte Söldner jagen den Präsidenten von Guatemala, Oberst Jacobo Árbenz Guzmán, im Juni 1954 aus dem Amt. Offiziell begründen die USA den CIA-Einsatz mit dem Kampf gegen den Kommunismus.